

Auf der Sitzung des Verwaltungsrats am 27. März 2018 in Hamburg gab für die Fraktion BfA DRV-Gemeinschaft die Vorsitzende Annemarie Böse folgende Stellungnahme ab. Sie nahm darin Bezug auf das Statement des Verwaltungsratsvorsitzenden Dieter Schröder und den Bericht des Vorstandes.

Annemarie Böse – Vorsitzende der Fraktion BfA DRV-Gemeinschaft

„Vieles ist gesagt und muss nicht von mir wiederholt werden. Deshalb kürze ich mein Statement. Auch unsere Fraktion der BfA DRV-Gemeinschaft ist froh, endlich wieder eine arbeits- und handlungsfähige Bundesregierung zu haben. Hier in diesem Kreis interessieren uns natürlich am meisten der neue Gesundheitsminister, Jens Spahn, und seine politischen Ankündigungen. Die Kritik von Luise Klemens kann ich nur unterschreiben. Der Einstieg von Herrn Spahn war nicht wirklich gelungen. Unsere Fraktion würde sich wünschen, dass er seinen Plan wahr macht und schnellstens den Ausbau der Digitalisierung und den Einsatz der elektronischen Gesundheitskarte in Angriff nimmt. Hoffnung macht uns, dass er bereits eine eigene Abteilung für dieses Thema in seinem Ministerium eingerichtet hat. Und auch der GKV-Spitzenverband richtet einen fünften Ausschuss ein, der sich ausschließlich mit dem Thema „Digitalisierung“ beschäftigen wird. Eine späte Reaktion, aber eine sehr erfreuliche Entwicklung, die die DAK-Gesundheit sicherlich in vollem Umfang unterstützen wird.

Zurück zur Gesundheits-Politik. In der Diskussion sind derzeit ambulante Krankenzentren mit Notfallpraxen, eine Klinikreform mit Schwerpunkt-Krankenhäusern. Und ich finde, das hört sich alles sehr gut an. Und ich kann nur hoffen, dass das Gesundheitsministerium diese Themen nicht nur aufgreifen sondern auch Schritt für Schritt durchsetzen kann. Hoffentlich bleibt es nicht nur bei Ankündigungen. Ein schlechtes Beispiel ist das Versprechen im Koalitionsvertrag, den Krankenkassenbeitrag für AIG II-Empfänger nach und nach voll auszugleichen, also zu bezahlen. Aber es wurde versäumt, entsprechendes Geld in den Haushalt einzustellen. Es ist bereits mehrfach erwähnt worden, aber das ist ein ganz gravierender Punkt, den wir auch nach außen tragen müssen, weil die Bevölkerung manchmal gar nicht weiß, wo wir überall zur Kasse gebeten werden.

Reduzierte Wartezeiten für GKV-Patienten wären prima. Aber: das kann und darf nicht zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen und damit der Versicherten gehen, z.B. durch die immer wieder ins Gespräch gebrachten künftig höheren Arzthonorare als Anreiz. Das würde mich persönlich schon enttäuschen. Und eine bessere Bezahlung von Pflegekräften wäre selbstverständlich gerecht und wünschenswert, ist aber wohl in erster Linie Sache der Tarifparteien. Ich aber glaube, wir könnten uns bereits glücklich schätzen, wenn überall in diesem Arbeitsbereich Tariflöhne gezahlt würden. Dann wären sehr viele Pflegekräfte schon

sehr viel zufriedener. Überhaupt müssen für die Pflege alter und kranker Menschen deutlich mehr Geld und vor allem deutlich mehr Pflegekräfte eingesetzt werden. Selbstverständlich müssen die nötigen Finanzen dafür aus Steuermitteln bereitgestellt werden. Und hier muss ich für die Öffentlichkeit anmerken: die angekündigten und erst einmal zu begrüßenden zusätzlichen 8.000 Pflegekräfte gehen zu Lasten der GKV und der Pflegeversicherungen. Und auch das sollte man deutlich öffentlich sagen, damit die Menschen wissen, wofür sie alles ihre Beiträge zahlen und was die Kranken- und Pflegekassen alles leisten müssen. Hier könnte ich noch viele Gesundheitsthemen ansprechen: zum Beispiel die medizinische Versorgung am Lebensende, wobei das Prinzip „Würde bis zuletzt“ als höchstes Kriterium zu beachten ist. Aber wir lesen ja alle Zeitungen und sind gut informiert, auch dank des Pressespiegels. Frau Wiehe von der Abteilung Öffentlichkeit ist im Raum. Ihr und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Abteilung gilt unser herzliches Dankeschön dafür.

Dass für unsere Krankenkasse die paritätischen Beiträge mit Blick auf den Wettbewerb problematisch sind, das hatten - glaube ich - die meisten von uns nicht auf dem Schirm. Trotzdem ist unsere Fraktion froh, dass diese seit langem erhobene Forderung endlich wieder zum Zuge kommt.

Abschließend noch ein paar Äußerungen zur Öffentlichkeitsarbeit. Wenn die Berichte in einigen Zeitungen über die Vorstandsgehälter in den gesetzlichen Krankenkassen eher Negativwerbung für uns sind. Wenn mir der Satzesatz im DAK-Management-Blog vom 16. März 2018 – er heißt: „Es gibt viel zu holen – sacken wir es ein“ – sprachlich etwas niveaulos und marktschreierisch erscheint, so bedanke ich mich aber für die taffe Reaktion der DAK-Gesundheit auf die Kritik Rechtsgesinnter über das Plakat „Junge Familie erwartet ein Baby“. Hier ist ein Pärchen abgebildet mit offensichtlich unterschiedlicher Herkunft. Die Mutter ist eine Weiße, der Vater hat dunkle Haut. Dieses Plakat ist bestens angekommen. Man muss die Leute natürlich erst darauf ansprechen und sagen: „also wir haben in der DAK-Gesundheit damit Probleme gehabt, was sagt Ihr denn?“ Man bekommt daraufhin ganz tolle Rückmeldungen, sehr positive Reaktionen. Darüber habe ich mich gefreut. Ich freue mich besonders, dass das Foto dieser jungen Familie nochmals in der neuen „fit“ erscheinen wird. Dafür im Namen meiner Fraktion herzlichen Dank an den Vorstand und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum guten Schluss möchte ich noch kurz eine Idee äußern und einen Wunsch aussprechen. Zum Thema „Werbung für die DAK-Gesundheit“ ist mir Samstagabend beim Gucken der Sportschau folgendes eingefallen: es wäre toll gewesen, wenn die beiden Sportstars und Paralympic-Athletinnen, Anne Schaffelhuber und Anna-Lena Forster, mit Werbung der DAK-Gesundheit auf ihrer Kleidung ins Sportstudio gekommen

wären. Ob hier Werbung erlaubt ist, weiß ich allerdings gar nicht, aber: es wäre schön gewesen und hätte mir gut gefallen.“